

## **Grossratssession November 2014: Bericht der SP-See -Deputation**

**Kantonsbudget 2015:** Trotz eines noch stattlichen Vermögens ist die strukturelle Schwäche des Kantons nicht übersehbar. Einnahmen und Ausgaben vermögen sich nicht die Waage zu halten. Die wirtschaftsfördernden Massnahmen haben Mühe, die erwarteten Wirkungen zu erzielen. Kein Geld gibt es mehr von der Nationalbank und weniger vom interkantonalen Finanzausgleich. Bemüht, das in der Kantonsverfassung enthaltene Prinzip eines ausgeglichenen Haushalts zu befolgen, kürzte der Staatsrat überall und verschob auch anstehende Investitionen. Die SP forderte die Schonung des Personals, das nach einer generellen Lohnreduktion im letzten Jahr schon wieder zur Kasse gebeten wird. Büsset der Kanton als Arbeitgeber an seiner Attraktivität ein, wird längerfristig auch die Qualität darunter leiden. Ein Antrag auf Rückweisung erhielt jedoch keine Mehrheit. Die hohen Kosten des HFR, dessen Fallpauschale noch weiter sinken wird, wie von Seiten des Kantons nun einmal deutlich zu hören war, führten zur Aufforderung an die Gesundheitsdirektorin, dafür zu sorgen, dass auch die Leute aus dem See-, Sense- und Vivisbachbezirk vermehrt das Freiburger Spital aufsuchten. Ein nicht ganz leichtes Unterfangen, wäre aber zielführend.

**David Bonny und Erwin Jutzet:** Wie die Eidgenossenschaft im Jahre 2015 von drei Sozialdemokraten, wird auch der Kanton Freiburg von zwei Sozialdemokraten geführt. David Bonny als Grossratspräsident und Erwin Jutzet als Staatsratspräsident wurden beide mit Glanzresultaten gewählt. In ihren Reden hoben sie die Wichtigkeit der Solidarität, der Öffnung, der Perspektiven für die Bevölkerung und der Zuversicht hervor sowie die kulturelle Vielfalt des Kantons, der man über den Röschtigraben hinweg gerecht werden müsse.

**Steueramnestie für Steuersünder und Nein zu einem Solidaritätsbeitrag:** Die Rechte machte sich stark für eine Steueramnestie. Personen, die unversteuertes Geld verstecken, sollen dieses ungestraft deklarieren können. Gemäss dem Staatsrat soll mehr als eine Milliarde Franken unversteuertes Geld im Kanton liegen und er rechnet vor, dass eine Amnestie rund 50 Mio. Franken einbringen würde. Angesichts der kantonalen Finanzen tönt dieser Betrag verlockend, doch ist die Massnahme eine Ohrfeige für diejenigen, die ihr Geld ehrlich versteuern. Die Behauptung, es handle sich um Personen, die ihr Vermögen „irrtümlicherweise“ nicht versteuert haben, grenzt an Heuchelei und ist eine Einladung, mit dem Steuerhinterziehen gleich weiterzufahren. Die Steueramnestie wurde im Grundsatz gutgeheissen, und der Staatsrat wird dazu ein Gesetz entwerfen. Demgegenüber wurde der Vorschlag, eine für die Einzelperson kaum spürbare, äusserst moderate Steuererhöhung von 1 Prozent für alle Steuerzahlenden von einer von der Rechten lauthals angeführten Mehrheit abgelehnt. Es wäre ein Zeichen der Solidarität zum Personal des Kantons Freiburg gewesen, das ungefragt Einbussen hinnehmen muss. Wo ist da der Gedanke des Zusammenhalts in der Bevölkerung?

**Grossratsbetrieb ohne Papier:** Bis auf zwei Einzelstimmen sprach sich der Grosse Rat – beinahe enthusiastisch - für einen papierlosen Ratsbetrieb ab 2017 aus. Angeregt wurde diese Umstellung von zwei SP-Grossräten und einer Volksmotion. Damit können jährlich bis zu CHF 300'000.—eingespart werden.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer